

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 33 (1954)
Heft: 1-2

Artikel: Die Liberal-Demokraten : eine sterbende Partei
Autor: Humbert-Droz, Jules
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336799>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gewachsen, sie ist zur Partei des ganzen werktätigen Volkes geworden. Auch jene, die sich nicht zur Sozialdemokratie zählen, sind Teilhaber des Ringens der Sozialdemokraten um den Aufstieg und die volle wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung aller Werktätigen in unserer gesellschaftlichen Ordnung. Die Zukunft gehört dem demokratischen Sozialismus.

Niemand in unserem Lande ist bereit, uns die Verantwortung für das Schicksal der arbeitenden Menschen, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft und die auf ihre gegenseitige Solidarität und auf die des Volkes angewiesen sind, abzunehmen. Die Überwindung der Armut und der Not und ihrer Ursachen ist gleichbedeutend mit dem Kampf um die soziale Sicherheit, um Freiheit und Demokratie und ist nicht nur eine Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, sondern eine Aufgabe aller Bürger unseres Landes.

Es genügt im zwanzigsten Jahrhundert nicht allein, sein Brot ehrlich zu verdienen. Das war zu allen Zeiten unerlässlich und notwendig. Doch der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Er hat Anspruch auf mehr. Er hat Anspruch auf die Entfaltung seines Gemütslebens, auf Schulung und Bildung, er hat Anspruch auf den ihm gebührenden und angemessenen Anteil an den großartigen wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen der Vergangenheit und der Gegenwart. Für das tägliche Brot zu kämpfen, aber auch gleichzeitig für ein Leben des Menschen zu wirken, das seiner Würde entspricht und ihn in die menschliche Gemeinschaft einordet, das ist unsere Aufgabe und bleibt unsere Verpflichtung.

JULES HUMBERT-DROZ

Die Liberal-Demokraten: eine sterbende Partei

Bei den Nationalratswahlen des Jahres 1951 verlor die Liberal-demokratische Partei 5663 Wähler; in den vier Kantonen, in denen sie eigene Organisationen besitzt, nämlich in Genf, Waadt, Neuenburg und Basel-Stadt, vermochte sie nur noch 24 829 Stimmen auf sich zu vereinigen, d. h. weniger als die Partei der Arbeit und nur wenige hundert mehr als die Demokratische Partei. Sie verlor zwei Sitze im Nationalrat, in dem sie jetzt nur noch fünf Vertreter hat. Früher einmal hatte sie bis 30 und noch im Jahre 1922 besaß sie 10 Nationalräte. Die Liberal-demokratische Partei hat aber eine gut redigierte und hauptsächlich in intellektuellen Kreisen verbreitete Presse — «Journal de Genève», «Gazette de Lausanne» und «Basler Nachrichten» —, die dieser Partei eine besondere Bedeutung gibt.

Wenn die Partei mit ihren 24 000 Wählern noch drei Ständeräte zählt, so nur deshalb, weil ihr in den Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg die Frei-

sinnige Partei Krücken lehnt. Die gegen die Arbeiterschaft gerichtete bürgerliche Einheitsfront der Radikalen und Liberalen wirkt sich in den Gemeinden sowie in der kantonalen und eidgenössischen Politik aus. In den protestantischen welschen Kantonen vermochte die Koalition dieser beiden gegeneinander einst sehr feindlich eingestellten Parteien der Sozialdemokratischen Partei den Eintritt in den Regierungsrat und in die Kommunalverwaltungen längere Zeit zu versperren. Durch die radikal-liberale Koalition wurde im Waadtland das Majorzsystem bis zum Ende des zweiten Weltkrieges aufrechterhalten. Erst als in den Städten das Majorzsystem einen eklatanten Sieg der Arbeiterklasse sicherte und in einer Anzahl großer Gemeinden, wie Lausanne, Yverdon, Ste Croix, Vallorbe, Nyon, Bex usw., rote Mehrheiten siegten, entschlossen sich die Freisinnigen und Liberalen für die Proporzwahl in den großen Gemeinden. In den kleineren Gemeinden und in den ländlichen kantonalen Wahlbezirken, wo sie eine feste Mehrheit besitzen, hielten sie natürlich am alten Majorzsystem fest.

Dieses Beispiel zeigt die Prinzipienlosigkeit der Liberalen Partei, die ihre Grundsätze von ihrem eigenen Nutzen und Vorteil bestimmen lässt. So auch bei den Ständeratswahlen. Die Liberal-demokratische Partei vertrat im Jahre 1951 in der Waadt 18,9 Prozent, in Neuenburg 24,8 Prozent und in Genf 17,8 Prozent der Wähler. Die Sozialdemokraten vertraten in der Waadt 21,5 Prozent, in Genf 12,2 Prozent und in Neuenburg 40 Prozent der Wähler. Offenkundig haben die Liberalen, die sich gerne als geistige Schüler und Nachfolger von Vinet und Secretan aufspielen, nichts dagegen, von dem an den Sozialdemokraten verübten Unrecht zu profitieren. Die Moral der Liberalen wird nach gut marxistischer materialistischer Geschichtsauffassung durch ihre materiellen Interessen bestimmt!

Die Prinzipienlosigkeit dieser Partei ist eine der Ursachen ihres Zerfalls. 1913, bei ihrer Gründung als schweizerische Partei, zählte sie noch kantonale Organisationen in Zürich, Schaffhausen, Freiburg und Bern — seither sind diese sämtlich verschwunden.

Aber die Liberal-demokratische Partei ist viel älter, als man nach ihrem Geburtsdatum auf eidgenössischem Boden annehmen könnte; sie geht bis auf die Zeit der Restauration zurück. Damals war sie die Partei der Patrizier und wandte sich gegen den Radikalismus der Demokraten. Sie nannte sich liberal-konservativ, was eine ehrlichere Bezeichnung war als liberal-demokratisch, denn die Partei ist weder liberal noch demokratisch. Sie ist konservativ-reaktionär, auch wenn sie ihre reaktionäre Politik in schöne liberale, ja sogar antikapitalistische und föderalistische Prinzipien entwickelt.

Reorganisiert und verstärkt hat sie sich im Kampfe gegen die liberale Revolution von 1848 und gegen die freisinnige und demokratische Bewegung

in den siebziger Jahren, im Kampfe gegen den Bundesstaat. Sie verteidigte die alten Privilegien der Patrizier und vertrat die Ansicht, daß eine Elite geistig und materiell bevorzugter Männer die Politik des Staates leiten solle. Gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht war sie deshalb sehr mißtrauisch eingestellt. Wenn die Liberalen sich nicht schon früher als schweizerische Partei organisierten, so nur deswegen, weil sie gegen den Bundesstaat waren. Die alten Patrizier hatten mehr Chancen, ihre Privilegien innerhalb der Kantone zu verteidigen; das war mit einer der Gründe für ihren Föderalismus. Aus dieser grundsätzlich negativen Einstellung zum Bundesstaat heraus konzentrierten sie ihre Haupttätigkeit auf die Kantone. Oftmals war ihre Haltung auch nicht einheitlich. Die Basler Liberalen z. B. traten für den Bau der Eisenbahnen durch den Bund ein, während in den anderen Kantonen die Liberalen die Privatinitiative vorzogen. Die Basler Liberalen haben sich auch schon sehr früh für eine Sozialgesetzgebung ausgesprochen, zu einer Zeit, da die Liberalen in der übrigen Schweiz die Bekämpfung der Armut durch die Privatinitiative befürworteten, worunter sie die Almosen der Reichen und das Sparen der Armen verstanden. Im Kanton Neuenburg ist die Liberale Partei aus den Royalisten hervorgegangen, die treu zum preußischen König, dem sie ihren Adel verdankten, hielten. In den Kantonen der Westschweiz traten sie besonders aktiv für die Verteidigung des alten orthodoxen und autoritären Protestantismus gegen die liberale freisinnige Theologie der Staatskirche ein. Sie spalteten die Staatskirche und gründeten die freie oder unabhängige Kirche.

Wie bereits festgestellt, sind die Liberal-Demokraten weder liberal noch demokratisch.

Immer wieder betonen sie, daß sie den Liberalismus der Manchester-Schule nicht anerkennen, wofür sie auch Beweise erbrachten. Gegen die Intervention des Staates sind sie nicht immer, sondern nur dann, wenn der Staat die Privilegien des freien Unternehmertums und die Vorrechte des Geldes antasten will. Sie treten als Verteidiger des Föderalismus, gegen die Allmacht des Staates auf, sie sind anti-etatistisch eingestellt und greifen den Staat nicht weniger an, als dies früher die Anarchisten taten. Aber in der Blütezeit des Faschismus machten sie aus ihren Sympathien für Mussolini und selbst für Hitler nie ein Geheimnis. Sie standen sehr stark unter dem geistigen Einfluß von Maurras und der «*Action française*», der französischen Royalisten und Legitimisten. Aus ihren Reihen entstand an der Universität Lausanne eine schweizerische Gruppe der «*Action française*», und ohne deren Unterstützung hätte die Universität niemals Mussolini den Ehrendoktor verleihen können.

In der Frontenzeit arbeitete die Liberal-Demokratische Partei aktiv mit den faschistischen Organisationen zusammen. 1935 wurde in Genf Théodore Aubert, der Gründer und Leiter der Liga Aubert gegen den Kommunismus

und später gegen den Marxismus, auf der Liste der «Union nationale» in den Nationalrat gewählt. Diese «Union nationale» war die ausgesprochen faschistische Organisation des Landesverräters Géo Oltramare, der im November 1932 die blutige Demonstration in Genf inszeniert hatte und während des Krieges als Sprecher am Pariser Radio Nazipropaganda betrieb. Aubert trat im Nationalrat der Fraktion der Liberal-demokratischen Partei bei und wurde aufgenommen! Angesehene Liberale arbeiteten an der Liga Aubert und am reaktionären «Vaterländischen Verband» mit, insbesondere R. Déonna, Genf, Georges Rigassi, Redaktor der «Gazette de Lausanne», Eugène de Coulon, Neuenburg, usw.

In der Waadt waren die führenden Politiker der Liberal-demokratischen Partei mit der reaktionär-faschistischen «Ligue vaudoise» eng verbunden. Die Nationalräte Fauquez (jetzt Ständerat) und Vodoz waren Mitglieder der «Ligue vaudoise», Vodoz außerdem einer der führenden Köpfe des von alt Bundesrat Musy gegründeten reaktionären «Redressement national», gemeinsam mit Robert Eibel vom «Elefantenklub» und vom «Büro Büchi». Die «Ligue vaudoise» war ausgesprochen antisemitisch eingestellt.

Kurz vor dem Krieg wurde von diesen Kreisen, denen auch hohe eidgenössische Offiziere angehörten, in Lausanne ein Plakat angeschlagen mit dem antidemokratischen und antiparlamentarischen Schlagwort: «*Il faut boucler le Conseil national*», was im Französischen einen Doppelsinn hat: «boucler» kann nämlich heißen «schließen», aber auch «einsperren»!

Das Liebäugeln mit dem Faschismus ging bei den welschen Liberal-Demokraten sehr weit, besonders während des Krieges und der schweizerischen Erneuerungsbewegungen. Sie waren damals durchaus für eine starke Staatsführung und einen Abbau der Demokratie. Gustav Neuhaus, der Chefredaktor der «*Suisse libérale*», des offiziellen Organs der Liberal-demokratischen Partei Neuenburg, schrieb am 12. Juli 1940:

«Italien hatte seine faschistische Revolution, Deutschland die nationalsozialistische — auch Frankreich wird in dieser Bewegung mitgehen. Die Dritte Republik wird zu Grabe getragen. Die Regierungsformen gehen an ihren Fehlern und Schändlichkeiten zugrunde, die Demokratie entgeht diesem Gesetz nicht. Die Diktatur scheint diejenige Regierungsform zu sein, die am besten zu den Zeiten akuter Krise und großer Armut paßt. Eine Verstärkung der Autorität und der Disziplin ist notwendig.»

Mehr Autorität, mehr Führer und Elite, das ist es auch, was die Waadtländer Liberalen wollen. Die «Gazette de Lausanne» schrieb am 25. Juni 1940:

«In Deutschland sind in der Armee, in der Verwaltung, in der Industrie, in der Landwirtschaft, in allen Gebieten und auf jeder Stufe Führer vorhanden. Uns fehlen die Führer.»

Die Liberal-demokratische Partei des Kantons Waadt veröffentlichte am 9. September 1940 in der «Gazette de Lausanne» eine offizielle Erklärung, in der wir folgendes lesen:

«Die Demokratie soll ihre Vertretung nicht mehr auf die Zahl gründen, sondern im Gegenteil, sie soll in erster Linie mit dem Wert rechnen, den die sozialen Organisationen für das intellektuelle, moralische, wirtschaftliche und soziale Leben des Landes darstellen, sie soll die Elite der Bürger, ganz gleich welches ihre Stellung, benützen.

Die Liberale Partei schlägt deshalb folgende Reformen vor: Die legislativen Behörden des Bundes, Ständerat und Nationalrat, behandeln die politischen Fragen. Der Nationalrat vertritt die sozialen Körperschaften (Universität, Kirche, akademische Berufe, Turn- und Sportvereine usw.) und diejenigen Körperschaften, welche die wirtschaftlichen Tätigkeiten (Handel, Industrie, Landwirtschaft, Weinbau, Hotelgewerbe, Gewerkschaften) im Rahmen der Kantone auf der paritätischen Grundlage der Berufsorganisation organisieren. Diese Körperschaften sollen nicht nach der Zahl ihrer Mitglieder vertreten sein, sondern nach ihrer Wichtigkeit für die Nation. Diese Vertreter sind durch die Körperschaften selbst zu wählen.

Die Autorität des Bundesrates muß verstärkt werden durch eine bessere Verteilung der Departemente und dadurch, daß dem Bundespräsidenten die nötigen Kompetenzen erteilt werden, die Arbeit der verschiedenen Departemente zu koordinieren. Der Bundespräsident soll die Verantwortung für die allgemeine Verwaltung tragen und keine Sonderaufgaben übernehmen. Einzig und allein der Bundesrat soll befugt sein, Ausgaben vorzuschlagen.

... Die Schaffung einer sozialen Ordnung auf Grundlage der Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Ausschaltung des Klassenkampfes ist notwendig. Diese soziale Ordnung kann nur durch die Schaffung von paritätischen, freien, vom Staat unabhängigen, aber von ihm als Organe der Volkswirtschaft anerkannten Berufsgruppen zustandekommen.»

Im «Journal de Genève» setzte «R. P.» (René Payot) seine Hoffnungen auf Mussolini und pries die Leistungen des Nationalsozialismus. Am 26./27. Mai 1940 schrieb er:

«Italien, die Großmacht, deren materielle Kräfte in den Dienst einer konstruktiven Politik gestellt wurden, bleibt die Hoffnung aller jener Menschen, die an den Aufbau einer neuen Welt glauben.»

Am 28. Mai 1940:

«Man hat das Wesen des Hitlerismus nicht zu erfassen verstanden ... man hat sich keine Rechenschaft gegeben über den gewaltigen Wiederaufbau Deutschlands. Man beging den Fehler, das Hitlerregime nach den

Erzählungen einer gewissen Sorte Flüchtlinge zu beurteilen und aus den Nachrichten, die sie durch die Welt trugen, falsche Schlüsse zu ziehen. Vor lauter Bäumen sah man den Wald nicht. Die Macht Deutschlands ist unterschätzt worden.»

Selbst der alte Nationalrat Oeri war für eine stärkere Hand im Bundesrat. Noch im Jahre 1945 erklärte er laut «Basler Nachrichten» vom 10. Januar 1945:

«Bundesrat von Steiger ist nach wie vor nötig auf dem Justiz- und Polizeidepartement, wo eine feste Hand in schwieriger Zeit höchst wünschbar werden könnte.»

Man könnte noch zahllose krass Zitate aus jener Zeit anführen. Die Liberal-demokratische Partei hat den Liberalismus und die Demokratie nicht verteidigt, sie hat dem Faschismus keinen Widerstand entgegengesetzt. Ihre Zusammenarbeit mit den Frontisten in der Liga Aubert, im Redressement national, im Vaterländischen Verband und in der Ligue vaudoise hatte die Liberale Partei auf die Linie der Kapitulation und der Anpassung geführt. Die Reform des Nationalrats, die offiziell und ohne Widerspruch ihrer schweizerischen Instanzen von der Liberal-demokratischen Partei der Waadt publiziert wurde, beruht nicht mehr auf dem Prinzip der Demokratie, sondern auf der Führung durch Eliten, was der Anschauung von Maurras und der totalitären Regime entspricht.

Vom Wert des Einzelmenschen, von den individuellen Freiheiten war nicht mehr die Rede. An Stelle der Bürger wählen die Körperschaften das Parlament, das seine bisherigen Rechte verliert, während die ganze Macht in den Händen des Bundesrates und seines Präsidenten konzentriert wird. Ohne direkt Vallotons Idee des eidgenössischen Landammanns zu übernehmen, haben die waadtländischen Liberalen die Funktionen eines autoritären Landammanns anerkannt. In jener Zeit verleugneten sie ihre föderalistische und antistaatliche Einstellung und befürworteten eine größere Zentralisation in den wenigen Händen des Bundesrates. Sie waren damals in ihrer großen Mehrheit nicht prinzipiell und deutlich gegen den totalitären Staat. *Sie sind nur Gegner des sozialen Staates, des Wohlfahrtsstaates*, Gegner eines sozialen Ausgleichs zwischen arm und reich. Sie sind immer als treue Verteidiger des Privateigentums aufgetreten, denn sie wissen, daß der Besitzende mehr Freiheit hat als der Besitzlose. Darum ist die Freiheit der Persönlichkeit für sie so eng mit dem Privatbesitz verbunden.

Die Zusammenarbeit mit den reaktionären und faschistischen Organisationen hatte ein Nachspiel im Jahre 1953, als die Anhänger der Ligue vaudoise in der «Gazette de Lausanne» die Aktienmehrheit eroberten und den Versuch machten, der Redaktion ihre Politik aufzuzwingen. Der Chefredaktor, Pierre Béguin, den seine Redaktionskollegen und die Liberale Partei des Kantons Waadt unterstützten, trat von seinem Posten zurück und gab damit das Signal

zu einer schweren Krise in der Zeitung und in der Liberalen Partei. Die Öffentlichkeit sah plötzlich, daß das große und angesehene liberale Blatt unter dem Diktat der Geldmächte und der antidemokratischen Kräfte stand und nicht unter dem Einfluß der Liberalen Partei. Der Verwaltungsrat und nicht die Partei bestimmte die Politik der Zeitung. Die Krise wurde durch den Verzicht der Mehrheit des Verwaltungsrates auf seinen Staatsstreich und durch eine Geldmanipulation gelöst. Für jene, die sich gerne als die geistigen Nachfolger von Vinet und Secretan gebärdeten, war das ganze eine sehr peinliche Angelegenheit. Es hatte sich erwiesen, daß das Geld Herr im Hause ist und nicht die hohen Prinzipien, daß materielle Interessen und nicht geistige Grundsätze die Politik der Zeitung und der Partei bestimmen.

Die Liberalen sind stets Gegner der sozialistischen Ideen gewesen. Sie haben den Kampf gegen die sozialistische Bewegung nicht nur auf der politischen und geistigen Ebene geführt. Schon zur Zeit von Weitling, Coullery, der ersten Internationale und des Grütlivereins haben die Liberalen den Staat gegen die sozialistische Bewegung eingesetzt und Verbotsmaßnahmen und Polizeigesetze zum Schutze des Privateigentums verlangt. Diese reaktionäre Tendenz ist nicht zum Stillstand gekommen. Während des Generalstreiks von 1918 haben sie die Einsetzung der Armee gegen die Streikenden ausdrücklich begrüßt und bewilligt. Im November 1932 setzte in Genf der liberale Staatsrat Fr. Martin eine Rekrutenschule gegen das demonstrierende Volk ein zum Schutze einer faschistischen Kundgebung von Géo Oltramare, was zu dem bekannten Blutbad führte. In den dreißiger Jahren, während der großen Wirtschaftskrise, ergriffen in den Kantonen der Westschweiz die Liberalen die Initiative für das Verbot der Kommunistischen Partei. In Genf, der Waadt und in Neuenburg hatten sie Erfolg: die kommunistischen Organisationen wurden durch ein Gesetz verboten. Diese polizeiliche Verbotsmaßnahme ist aber im Endresultat absolut negativ ausgefallen. Die reaktionäre Politik der Liberalen führte zu einer Stärkung der damals bedeutungslosen kommunistischen Organisation. Die Kommunisten in Genf und in der Waadt traten einzeln in die sozialdemokratische Partei Nicoles ein, eroberten die Partei und warfen schließlich Nicole hinaus.

Jede soziale Maßnahme, jede gerechte Steuerpolitik wurde von den Liberalen mit dem Argument bekämpft, es handle sich um eine kalte Sozialisierung und führe zum Kommunismus. Schon im Jahre 1868 bezeichnete die «Gazette de Lausanne» die *progressive* Steuer als «Kommunismus in Handschuhen»!

Die Entwicklung der Wirtschaft und der sozialpolitischen Lage hat die Liberalen gezwungen, ihre alten liberalen Ideen zu revidieren. Dies wurde besonders nach dem ersten Weltkrieg notwendig. Die zahlreichen Eingriffe des Staates durch die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, der Drang des

Volkes nach sozialer Sicherheit haben die Liberalen dazu gebracht, ihren alten Liberalismus zu verleugnen. In Basel hatten die Liberalen schon vorher soziale Maßnahmen des Staates vorgeschlagen oder ihnen zugestimmt.

Nach dem ersten Weltkrieg bildeten sich mehr und mehr Parteien, die wirtschaftliche Interessen verfolgten. Die Liberal-demokratische Partei wurde durch diese Neubildungen besonders betroffen. Die liberalen Patrizier der Stadt Bern lösten die Liberale Partei auf, um sich der neugegründeten Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei anzuschließen. Auch in Baselstadt wurde die Liberale Partei durch die Gründung der BGB geschwächt. In Genf hat die «Union de défense économique», in Neuenburg der «Parti progressif neuchâtelois» Teile der Liberalen Partei absorbiert. Sodann entstanden faschistische Organisationen, die sich aus den reaktionären Elementen der Liberalen rekrutierten: in Neuenburg «Ordre et tradition», in der Waadt «La ligue vaudoise», in Genf die «Union nationale» von Géo Oltramare.

Die Liberalen suchten nach neuen Prinzipien und stellten sogar die Frage der Liquidierung der eigenen Partei. Schon vor der Gründung der Katholisch-konservativen Partei der Schweiz hatten die Liberal-Konservativen den Versuch gemacht, mit den Konservativen aus den katholischen Kantonen eine einheitliche konservative Partei zu organisieren. Diese Gründung scheiterte an den konfessionellen Gegensätzen. Im Jahre 1929 sprachen die Liberalen von der Möglichkeit einer Verschmelzung ihrer Partei mit der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Seit der Zeit ihrer großen gegenseitigen Kämpfe hatten sich Liberale und Freisinnige in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokraten wieder gefunden. Die Freisinnigen hatten eine Rechtsentwicklung durchgemacht, die eine Fusion ermöglicht hätte. Die Liberalen beschlossen jedoch, die Selbständigkeit ihrer Partei zu wahren, da sie in der Frage des Bundesstaates und des Föderalismus immer noch grundsätzliche Differenzen mit den Freisinnigen, besonders in der deutschen Schweiz, feststellten.

Der Versuch, neue Ideen als Grundlage der Partei zu finden, hat die Gegensätze innerhalb der Liberal-demokratischen Partei der Schweiz vertieft, besonders den Gegensatz zwischen den Liberalen der welschen Kantone und denjenigen von Baselstadt. In den wesentlichen Problemen der Bundespolitik kann die Liberale Partei keine einheitliche Parole ausgeben, weil die Meinungen ihrer Führer auseinandergehen. Das ist besonders der Fall in ihrer Haltung zur wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Bundes.

Die welschen Liberalen haben im Laufe der dreißiger Jahre «neue» Ideen entwickelt. Diese Ideen waren allerdings weder neu noch originell und vor allem nicht liberal.

Schon seit Jahren hatte ein Führer der Katholisch-konservativen Partei von Freiburg, Abbé Savoy, Propaganda gemacht für das *Korporationensystem*.

Stark beeinflußt durch die faschistischen Experimente Mussolinis und Schuschniggs mit den Korporationen, propagierten die Liberalen der welschen Kantone in der Krisenzeit bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs das Korporationensystem. Sie unternahmen auch den Versuch, diese «neuen» liberalen Ideen in der kantonalen Gesetzgebung der drei Kantone Genf, Waadt und Neuenburg zu verankern. Die Absicht war, den Sozialismus und den Klassenkampf durch die organisierte Zusammenarbeit der Arbeiter mit den Unternehmern im Betrieb und im Beruf zu bekämpfen und zu ersetzen.

In Genf ergriff der liberale Großrat Balmer im Jahre 1934 die Initiative zur Schaffung einer Korporationenordnung. Der freisinnige Staatsrat Duboule fabrizierte ein Gesetz, das von den Arbeiterorganisationen bekämpft wurde. Das Gesetz wurde angenommen, jedoch nach einem staatsrechtlichen Rekurs der Arbeiterorganisationen beim Bundesgericht von diesem, als mit dem Obligationenrecht unvereinbar, aufgehoben. Der Liberale Picot versuchte daraufhin, ein neues Gesetz auszuarbeiten. Es wurde vom Großen Rat angenommen, vom Volk jedoch verworfen. In der Waadt hatten die Liberaldemokraten ein ähnliches Gesetz in Vorbereitung. Es stand noch in parlamentarischer Beratung, als der zweite Weltkrieg ausbrach.

In Neuenburg wurde im Jahre 1939 auf Initiative der Liberalen ein Korporationengesetz beraten und angenommen. Es erlitt das gleiche Schicksal wie das Gesetz Duboule: es wurde vom Bundesgericht aufgehoben.

Die Basler Liberalen kritisierten diese Politik, als im Gegensatz zu den Prinzipien des Liberalismus stehend, mit aller Entschiedenheit.

Immerhin spukt die Idee der Berufsgemeinschaft, der Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter im Betrieb immer wieder in den programmatischen Artikeln der Liberalen. Was sie damit bezeichnen, ist klar: Bekämpfung des Sozialismus. In gewissen Gewerkschaftskreisen der Westschweiz hatten sie auch einen propagandistischen Erfolg. Über den Rahmen der Propaganda hinaus ist jedoch die Berufs- und Betriebsgemeinschaft nicht gediehen.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik waren die Liberalen anfänglich ihren liberalen Grundsätzen treu: jeder sollte sich selbst helfen; die staatliche Arbeitsbeschaffung im Falle von Arbeitslosigkeit sei zu bekämpfen; das einzige richtige sei die ausschließliche Selbsthilfe der von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter. Die Auffassung, daß in der Sozialpolitik die private Wohltätigkeit herrschen solle, ist bis zur Zeit des ersten Weltkriegs die dominierende Ansicht geblieben. Unter dem Druck der Verhältnisse begannen sie jedoch anzuerkennen, daß der Staat die Pflicht hat, überall dort zu helfen, wo die private Wohltätigkeit nicht mehr ausreicht. Sie anerkennen auch die Notwendigkeit des Bestehens der Gewerkschaften für die Verteidigung der

Interessen der Arbeiter, befürworten jedoch die Gründung evangelischer Gewerkschaften.

Diese positivere Haltung der Liberalen zur Sozialpolitik ist jedoch nicht einem inneren Bedürfnis entsprungen. Zu sozialem Denken auf diesem Gebiet wurden sie durch die Arbeiterbewegung gestoßen, und auch nur unter ständigen Hemmungen und Vorbehalten, weil sie dadurch ihren liberalen Prinzipien untreu wurden. «Das Gefühl der Menschlichkeit ist stärker als die streng liberale Theorie», erklärte das «Journal de Genève». Der Marxismus hat in den protestantischen Kreisen das soziale Gewissen erweckt!

Die Programme der Liberalen betonen in der Folge immer mehr die Notwendigkeit einer sozialen Politik. Aber das ist Theorie — in der Praxis entwickeln sie sich nach einer ganz anderen Richtung, nämlich der Ablehnung der vom Bund organisierten Sozialpolitik. Die Sozialpolitik soll Sache der Gemeinden, der Kantone und der Berufsorganisationen bleiben. Darum finden wir die Liberalen als Gegner fast aller Bundesgesetze, die das Wirtschafts- und Sozialeben des Landes regeln wollen, und zwar nicht nur aus ihrem föderalistischen Standpunkt heraus, sondern auch weil sie in diesen Gesetzen zu tiefe Eingriffe in die Sphäre der Privatinitiative und des Privateigentums sehen.

In der Frage *Gesetz oder Vertrag* sind sie seit Jahrzehnten für den Vertragsweg auf privatrechtlicher Grundlage und gegen die gesetzliche Verankerung der sozialen Errungenschaften.

Aus diesen föderalistischen und privatrechtlichen Grundsätzen in Wirtschaft und Sozialpolitik, in Wirklichkeit aber aus ihrer konservativen und kapitalistischen Einstellung zu diesen Problemen heraus, lehnten die Liberalen das Haftpflichtgesetz sowie das Fabrikgesetz ab, bekämpften sie die Kürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden und die sozialistische Initiative «Recht auf Arbeit».

Als die Vorarbeiten zu einem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz begannen, nahmen die Liberalen grundsätzlich Stellung zur Sozialversicherung. Sie befürworten die Sozialversicherung auf Grund freier Vereinbarung, lehnen aber jedes Obligatorium ab. Der Arbeitsvertrag müsse so aufgesetzt werden, daß darin Schutzmaßnahmen vorgesehen werden. Die Bildung von freien Versicherungsgenossenschaften sei zu fördern. Die bestehenden Privatversicherungsgesellschaften seien imstande, ohne Einmischung des Staates dieses Problem zu lösen. Der fortschrittlichen Lex Forrer sagten die Liberalen den Kampf an. Gemeinsam mit radikalen Kreisen ergriffen sie das Referendum gegen diesen ersten Entwurf zu einem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und hatten damit Erfolg. Der liberale Nationalrat Odier erklärte, die Unfallversicherung könne im Schoße der Arbeitgeberverbände, die Kranken-

versicherung durch die privaten Krankenkassen verwirklicht werden. Der Bund solle sich mit der Gewährung von Subventionen an die privaten Körperschaften begnügen. Eine staatliche Kranken- und Unfallversicherung müsse als erster Schritt zum vollständigen Sozialismus abgelehnt werden.

Diese Grundeinstellung der Liberalen gegenüber der sozialen Sicherheit wurde, mit einigen Schwankungen und Hemmungen, allen eidgenössischen sozialen Vorlagen gegenüber aufrechterhalten. So bekämpften die Liberalen die Lex Schultheß zur Altersversicherung, die Kriseninitiative und die Vorlage des Bundes für die Arbeitsbeschaffung im Jahre 1938.

Ihre reaktionäre Gesinnung trat besonders kraß während der Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre hervor. Die Liberalen unterstützten rückhaltlos die Deflationspolitik Musys und den Lohnabbau, während sie gleichzeitig die Arbeitslosenunterstützung bekämpften. Georges Rigassi empfiehlt als wirksamstes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit eine konsequente Politik der Preissenkung, die mit Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen müsse. «Opfer müssen jetzt von jedermann, auch von den Arbeitern, gebracht werden!» Durch Notstandsarbeiten würde die Krise verlängert, und die ewigen Arbeitslosen auf Staatskosten würden durch die Unterstützung bloß ermutigt, keine eigenen Anstrengungen zur Erlangung eines normalen Arbeitsplatzes zu unternehmen.

Die welschen Liberalen sind aber für Eingriffe des Staates und für Sondergesetze gegen große Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte, wobei sie sofort auch die Konsumgenossenschaftsbewegung diesen Sondergesetzen unterstellen wollten. Sie verlangen ein direktes Verbot der Errichtung weiterer Einheitspreisgeschäfte. Damit verlassen sie aus wahlpolitischen Interessen eindeutig ihr liberales und föderalistisches Prinzip.

Aus dem zweiten Weltkrieg haben die Liberalen nichts gelernt. Im Jahre 1947 gab sich die Liberal-demokratische Partei ein neues Programm, eine Art «Neo-Liberalismus», eine Sammlung von schönen hohlen Phrasen voll von Widersprüchen. Die Liberalen wollen die *soziale Gerechtigkeit*, jedoch ohne die Privatinitiative und die persönliche Verantwortung anzutasten. Sie verwerfen den extremen Individualismus und den Etatismus. Sie lehnen den Kapitalismus ebenso wie den Sozialismus ab und stellen sich auf den Boden der christlichen Moral. Sie sind für den Föderalismus und gegen den wirtschaftlichen Dirigismus, gegen die Nationalisierungen und die sozialen Lösungen des Staates. Alle sozialen Probleme sollen im Rahmen der Berufszweige und der Kantone gelöst werden. In der Frage der Bundesfinanzen lehnen sie jede eidgenössische Erbschaftssteuer und jede Erneuerung des Wehropfers ab. Besonders heftig sind sie gegen jede Verlängerung der Wehrsteuer und jede direkte Bundessteuer.

Wie sah dieses Programm in der praktischen Durchführung aus? Die Liberalen lehnten jede Neuordnung, jede provisorische Lösung der Bundesfinanzen ab, welche die direkte Bundessteuer enthielt. Sie waren die Initianten der kantonalen Kontingente, die dann im Jahre 1950 von Volk und Kantonen wuchtig verworfen wurden.

In der Frage der Altersversicherung und der neuen Wirtschaftsartikel waren sie im Jahre 1947 geteilter Meinung, lehnten jedoch in ihrer Mehrzahl beide Vorlagen ab. Sie bekämpften das Tuberkulosegesetz, die Autotransportordnung, die Tabakkontingentierung, die Getreideordnung.

In ihrem Programm versichern die Liberalen feierlich, daß sie die Teuerung bekämpfen. Andererseits waren sie gegen die Weiterführung der Preiskontrolle und für die generelle Erhöhung der Mietzinse zugunsten der Hausbesitzer.

Wie man sieht, treten sie faktisch als Gegner der eidgenössischen sozialen Gesetzgebung und des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes auf. Ihre antikapitalistischen Phrasen, ihr Interesse für soziale Probleme wie die Berufsgemeinschaft, das Mitspracherecht der Arbeiter, das Produktivitätsproblem gehen nicht über den Rahmen der Publizistik hinaus. Es sind Ablenkungsmanöver gegenüber den Tagesforderungen. Leider gibt es gewerkschaftliche Kreise, die derartige Manöver nicht durchschauen und sich in alle die Propaganda-Feldzüge der Reaktionäre mithineinreißen lassen.

Die Liberalen kämpfen in Wort und Schrift gegen Trusts und Kartelle; ein Bundesgesetz zur Bekämpfung der volksschädlichen Auswirkungen der Monopole würde sie aber in den Reihen der Gegner finden. Wenn sie gegen die Auswüchse des modernen Großkapitalismus Stellung nehmen, so geschieht das nicht, um Lösungen nach vorwärts, in einer Änderung der Wirtschaftsstruktur und der sozialen Verhältnisse der heutigen Gesellschaft zu suchen, sondern um zum Frühkapitalismus mit seinen kleinen privatkapitalistischen Unternehmungen und seiner freien Konkurrenz zurückzukehren. Sie möchten die Entwicklung der Wirtschaft um hundert Jahre zurückdrehen. Ihre Kritik am Kapitalismus ist ausgesprochen kleinbürgerlich und reaktionär.

Eine Betrachtung der Abstimmungsparolen der Liberalen beweist, daß sie mehr und mehr den Direktiven der Propagandabüros der Hochfinanz folgen. Ihre praktische Politik deckt sich mit derjenigen des reaktionären Großkapitals.

Es ist kein Zufall, daß die mächtigen Finanzkreise, die sich ihre anonyme Propagandazentrale schufen, als Direktor den Liberal-Demokraten Dr. Büchi, den innenpolitischen Redaktor der «Basler Nachrichten» hineinsetzten. Gegen Ende des Krieges hat Dr. Büchi in einer Versammlung der Zürcher Freisinnigen offen und ehrlich erklärt, was diese Kreise wollen. Sie lehnen die Einmischung des Staates in die Wirtschaft ab, befürworten und fördern aber den

Einfluß der Wirtschaft auf den Staat. Wohin das führen werde, ließe sich nicht sagen, erklärte er. Der Scherbenhaufen vom 6. Dezember 1953 hat nun inzwischen bewiesen, wohin es führt.

ERWIN SCHNEIDER

Die Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei

Als im Jahre 1933 die politische Erneuerung in der Schweiz in Blüte stand, wurde von der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion der Bundesversammlung, die sich bereits 1919 konstituiert hatte, die Initiative ergriffen, eine schweizerische mittelständische und bäuerliche Parteiorganisation zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit sollte versucht werden, den nicht überall beliebten Titel «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei», den die verschiedenen mittelständisch-bäuerlichen Kantonalparteien trugen, in «Nationale Volkspartei der Schweiz» umzuwandeln.

Da aber nach und nach der Begriff «national» abgewertet wurde und einen üblen Beigeschmack erhielt, unterblieb die Umbenennung.

Die offizielle Gründung der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) erfolgte dann im Jahre 1937, indem sich die Kantonalparteien von Bern, Zürich, Aargau, Basel-Land und Tessin zusammenschlossen. 1943 folgten Waadt und Schaffhausen, 1944 Solothurn. Diese Gründung war eine späte Zusammenfassung von bereits seit längerer Zeit selbständig wirkenden Kantonalparteien, wobei die wichtigsten kantonalen Sektionen der schweizerischen Gesamtpartei Bern und Zürich waren und blieben.

In Publikationen der schweizerischen und der verschiedenen kantonalen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien wurde ausdrücklich festgehalten, daß die kantonalen Sektionen im Zusammenhang mit den Ereignissen, welche sich in der Schweiz gegen Ende des Ersten Weltkrieges abzeichneten, entstanden.

In einer zum 25jährigen Bestehen der BGB-Partei des Kantons Bern im Jahre 1943 erschienenen Schrift heißt es:

«Von den roten Hetzereien und Wühlereien wollte das Landvolk nichts wissen. Der Kampf gegen die Armee und die Umsturzpläne erregten sein Mißfallen und forderten zu Gegenmaßnahmen heraus. Daraus reifte der Entschluß, selber in die politische Entwicklung einzugreifen, um der roten Flut, wie sie 1917 und 1918 zum Ausdruck kam, einen widerstandsfähigen Damm entgegenzusetzen.

Mitbestimmend war die Tatsache, daß die Agitation der Sozialdemokratischen Partei immer ungestümer wurde, während die Behörden die